

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
Nr. 30 + 32, Jahrgang **Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3** Berlin, 25. Juli 1931

## Ruhe bewahren!

### Ein Mahnruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Deutsche Gewerkschaftsbund erläßt mit den ihm angeschlossenen Gesamtverbänden der christlichen Gewerkschaften, der deutschen Angestellten-Gewerkschaften und der Verkehrs- und Staatsbediensteten folgenden Aufruf an die Mitglieder der Verbände:

Die deutsche Wirtschaft ist trotz des vom amerikanischen Präsidenten erwirkten Tributfeierjahres und trotz der Verlängerung des 400-Millionen-Kredits an die Deutsche Reichsbank durch die riesigen Kreditabzüge und leider auch durch eigene landesverräterische Kapitalflucht und durch Notenhämsterei in ärgste Bedrängnis geraten. Hinzu kamen noch die Ubertreibungen einer gewissen Presse und die vorläufige Zahlungseinstellung der Darmstädter und Nationalbank, die eine große Beunruhigung bei der Banklandschaft und den Sparern hervorgerufen haben. Es drohte ein hemmungsloser Ansturm auf die Banken, Sparkassen und sonstigen Geldinstitute. Dazu liegt kein Grund vor. Das Reich hat für die Einlagen bei der Danatbank sofort die Haftung übernommen. Eine Inflationsgefahr besteht nicht. Wir haben nicht zu viel Zahlungsmittel wie in der Inflationszeit, sondern zu wenig. Reichsregierung und Reichsbank sind auch keineswegs von der bisherigen Währung, die uns den Kontakt mit der außerdeutschen Wirtschaft sichert, abgegangen. Die

Golddeckung ist zwar unter 40 v. H. vorübergehend gesunken; das ist aber bei den Goldwährungen anderer Länder und war in der Vorkriegszeit auch in Deutschland ebenfalls der Fall. Die Reichsmark steht so fest wie je zuvor.

Wir fordern die Mitglieder aller angeschlossenen Verbände auf, mit dafür zu sorgen, daß nicht durch törichtes Verhalten unseres eigenen Volkes weitere Schwierigkeiten entstehen, und daß die Reichsregierung bei ihrem Bemühen, die freigelegte Geldlage zu überwinden, schnellsten Erfolg hat.

Was ist nun zu tun? Wir müssen darauf hinwirken, daß jede entbehrliche Mark den Banken und Sparkassen zur Verfügung gestellt wird, damit die Löhne und Gehälter gezahlt werden können, und der wirtschaftliche Kreislauf der Waren und Güter nicht ins Stocken gerät. Wer jetzt ein Guthaben ohne zwingende Not abhebt, oder wer aus der Mark in ausländische Devisen flüchtet, verjüngt sich schwer an Volk und Land.

Das deutsche Volk muß in dieser Not unbedingt zusammenstehen, das elende Parteigezänk zurückstellen und die Regierung in ihren Maßnahmen verständnisvoll unterstützen. Wenn die Gefahren, die uns im Augenblick alle bedrohen, überwunden sind, werden wir mit erneutem Nachdruck für die Abänderung der Notverordnungen eintreten.

chaft, welche ja nicht nur christlich sondern auch nationalist, erwartet auch in Zukunft von der Reichsregierung, daß sie gegenüber den Machtgelüsten Frankreichs hart bleibt. Zwar wünschen auch wir eine Verständigung mit Frankreich. Diese darf aber nicht auf Kosten der Freiheit, der Selbständigkeit und des Ansehens des deutschen Volkes gehen.

Die wirtschaftlichen Folgen des französischen Expansionsversuches sind leider für Deutschland keine günstigen gewesen. Der große Abfluß von Kapital dürfte die Arbeitslosigkeit von Abertausenden zur Folge haben. Eine der größten deutschen Banken, die Danat-Bank, mußte ihre Zahlungen einstellen. Wenn auch die Reichsregierung die Einlagen dieser Bank garantiert, um den Ruin von Tausenden von Existenzen zu verhindern, so wird doch der Zusammenbruch einer derartigen Bank das ohnehin erschütterte Vertrauen des Auslandes zu unserer Wirtschaft noch weiter schwinden lassen. Die Nervosität im Innern steigt und äußert sich darin, daß die Banken und Sparkassen von Sparern überlaufen werden, welche ihre Einlagen abheben. Das Gerücht von einer neuen Inflation ist wieder in aller Mund. Um das Maß voll zu machen, erscheinen auch noch die aus der Inflationszeit bekannten Sünden, welche durch ihre Devisenhämsterei unsere Schwierigkeiten noch vergrößern helfen. Nicht zu vergessen ist die wieder stärker einsetzende Kapitalflucht.

Und wie notwendig wären gerade in der gegenwärtigen Zeit Ruhe, Besonnenheit und vor allen Dingen Einigkeit in Deutschland. Der Kampf um Deutschlands Zukunft wird nur dann zu einem für uns günstigen Ergebnis führen, wenn alle Kreise der Bevölkerung mithelfen und mitopfern.

Eine radikale Abkehr von dem bisherigen Wege ist notwendig. Der Revolver, der Dolch und der Schlagring müssen aus dem politischen Kampfe verschwinden. Es sind doch schließlich alles deutsche Volksgenossen, welche tagtäglich verbluten, mögen sie von der Schutzpolizei, von der Linken oder der Rechten oder aus unpolitischen Kreisen stammen. Das Menschenleben, welches fast wertlos geworden ist bei uns, muß wieder höher in Kurs kommen. Der Arbeiter sollte ganz besonders die Tatsache zu denken geben, daß in der Regel, sowohl auf der Linken wie auf der Rechten, ihre Standesgenossen es sind, welche von den politischen Drahtziehern in den Tod gehetzt werden.

Auch Hugenberg und Hitler sollten, wenn sie es wirklich gut mit dem deutschen Volke meinen, ihren innerpolitischen Kampf mit Rücksicht auf unsere außenpolitische Situation so führen, daß er unserem Vaterlande nicht den Schaden verursacht, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Ist es denn nicht ein Widerspruch, wenn 1000 deutsche Unternehmungen eine Ausfallbürgschaft von 500 Millionen RM. übernehmen wollen, und am Tage nach dieser Erklärung die Führer der Parteien, in denen der größte Teil der führenden Leute aus den vorgenannten Unternehmungen als Mitglieder sitzen, „diesem Regierungssystem den härtesten Kampf ansagen“. Die zweite Handlung hebt die erste fast auf und macht uns in den Augen des Auslandes lächerlich. Was meint denn Hugenberg für ein System? Vielleicht das, welches bei dem „Nordwollkonzern“ geherrscht hat. Die Führer dieses Konzerns, Parteifreunde Hugenberg's, haben es durch ihr System fertiggebracht, daß er über Nacht zusammengebrochen ist und einen Trümmerhaufen nebst 250 Millionen Verlust zurückläßt. In Wirklichkeit ist der Kampf Hugenberg's ja nichts anderes als ein Kampf gegen die Arbeiter und ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften.

Der Kreis der Leute, welche glauben, durch Abbau der Löhne und der Sozialversicherung sowie gänzliche Ausschaltung der Arbeiterschaft die Gesundung Deutschlands herbeiführen zu können, wird ja Gott

## Deutschland im Kampf um seine Existenz

Das deutsche Volk steht augenblicklich in einem äußerst harten Kampf um seine Existenz. Schwere Ereignisse sind in den letzten Wochen eingetreten. Der Youngplan, welcher uns Erleichterungen bringen sollte, brachte uns Enttäuschungen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten stiegen von Monat zu Monat und mit ihnen die Not breitet sich Volkschichten. Es muß anerkannt werden, daß die derzeitige Regierung sich redlich bemüht hat, die Schwierigkeiten zu beheben und nach Möglichkeit der größten Not zu steuern. Es ist ihr leider nur im geringen Maße gelungen. Zu schwer drücken uns die Reparationslasten und die anderen mit dem verlorenen Kriege zusammenhängenden Dinge. Die innerpolitischen Folgen dieser Schwierigkeiten zeigen sich am deutlichsten in der immer stärker werdenden Radikalisierung der Massen. Das Gespenst des Bolschewismus rückt für Deutschland in greifbare Nähe. Ueber diese Tatsache kann auch die sogenannte nationalsozialistische Welle nicht hinwegtäuschen. Die jüngsten Vorgänge, besonders der Uebertritt führender Leute aus dem nationalsozialistischen Lager zu den Kommunisten, beweisen, daß der Nationalsozialismus der beste Wegbereiter für den Bolschewismus ist. Die Welt, besonders aber unsere Reparationsgläubiger haben also zu wählen, ob sie uns helfen oder uns, und mit uns ganz Europa, dem Bolschewismus überliefern wollen.

In richtiger Erkenntnis dieser Tatsachen ist Amerika, welches bisher den europäischen Fragen gegenüber eine große Zurückhaltung an den Tag legte, aus seiner Reserve herausgetreten. Es hat durch seinen Präsidenten Hoover der Welt sagen lassen, daß Deutschland geholfen werden muß. Zunächst soll die Hilfe darin bestehen, daß wir für ein Jahr von allen Reparationszahlungen befreit werden. Dieser Vorschlag bedeutet natürlich keine endgültige Hilfe, sondern nur eine Atempause für uns. Im Laufe des sogenannten Feierjahres muß versucht werden, eine

andere endgültige, für Deutschland erträgliche Lösung des Reparationsproblems zu finden. Es war für alle Verfechter des Friedensgedankens und der Verständigung mit Frankreich eine ungeheure Enttäuschung, zu sehen, wie Frankreich auf den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten reagierte. Selbst die französischen Sozialisten, von den anderen Parteien ganz zu schweigen, ließen durch ihren Führer Leon Blum in der französischen Kammer erklären, daß sie sich nicht vorbehaltlos dem Hoover'schen Vorschlag anschließen könnten. Wertvoll für die deutsche Arbeiterschaft, welche doch in allererster Linie unter dem Youngplan und seinen Auswirkungen zu leiden hat, war auch die Feststellung dieses Sozialistenführers, daß der Youngplan unter keinen Umständen abgeändert werden dürfe. Unter dem Druck der öffentlichen Weltmeinung, welche das erste Mal seit 1914 auf unserer Seite stand, gelang es den Amerikanern, die Franzosen in den wesentlichsten Punkten für den Hooverplan zu gewinnen. Durch diese zeitraubenden Verhandlungen ging für Deutschland kostbare Zeit verloren. Das Vertrauen zu unserer Wirtschaft und ihrer Kreditfähigkeit kam wieder wie schon so oft im Laufe der letzten Jahre ins Wanken. In großem Maße wurden kurzfristige Kredite aus Deutschland zurückgezogen. Dieses Vorgehen wurde durch Frankreich und die ihm nahestehende Bankengruppe Morgan gefördert. Waren die Franzosen auf politischem Wege nicht zum Ziele gekommen, so wollten sie es nun auf wirtschaftlichem erreichen. Ungefähr fünf Milliarden RM. kurzfristiger Kredite wurden in den letzten Wochen aus Deutschland zurückgezogen. Das Ziel war, Deutschland durch diesen Geldentzug an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu bringen, um ihm dann gegen politische Konzessionen eine Anleihe zu geben. Wenn dieses Ziel bisher nicht erreicht wurde, so ist das in erster Linie der ruhigen und festen Politik des Reichskanzlers Dr. Brüning zu verdanken. Die christliche Arbeiter-

sei Dank immer kleiner, wenn er auch heute noch stark ist. Eine Gesundung Deutschlands auf Kosten der Arbeiterhaft ist keine Gesundung. Die letzte Notverordnung, über die an dieser Stelle ja das Notwendige gesagt wurde, stellt die Grenze dessen dar, was die Arbeiterhaft tragen kann. Zu begrüßen sind deshalb auch die Äußerungen von Dr. Brüning und Stegerwald aus der letzten Zeit, aus denen hervorgeht, daß sie derselben Meinung sind. Wir dürfen glauben, daß der Kanzler und auch der Arbeitsminister ihre Hand nicht dazu bieten, den Weg den Leuten zu ebnen, welche diese Krise benutzen wollen, um die Arbeiterhaft um ein Jahrhundert zurückzuwerfen.

Wenn wir das aber glauben, dann haben wir auch die Verpflichtung, unsere Kraft dafür einzusetzen, daß das begonnene Werk der Befreiung Deutschlands von seinen äußeren und inneren Gegnern auch gelingt. Nicht durch Revolution und Bruderkampf kann das geschehen, sondern durch Zusammenarbeit und gemeinsames Opferbringen.

Die Arbeiterhaft Deutschlands hat, trotzdem sie größte Opfer gebracht hat, noch vieles zu verlieren. Denken wir daran, denken wir immer daran. Sorgen wir aber auch dafür, daß diese Opfer nicht vergeblich gebracht wurden. Vor über hundert Jahren hat der Bauernstand Deutschland aus der Not herausgeführt! Diesesmal muß und wird es die Arbeiterhaft tun.

Deutschland muß leben, wenn wir auch opfern müssen.

Franz Leuninger.

### Widerprüchsvolle Forderungen der Bauunternehmer

Beinahe 50 Interessentenverbände des Baugewerbes, der Baustoffindustrie, des Bauhandwerks, des Handels sowie der Architektenkammer veranstalteten am 2. Juli in der Philharmonie in Berlin eine gemeinsame Kundgebung, um auf die ernste Lage der gesamten Bauwirtschaft aufmerksam zu machen und wirksame Abhilfe seitens der verantwortlichen Stellen zu fordern. Die dort gefasste Entschliessung weist darauf hin, daß mit der in wenigen Wochen bevorstehenden Erledigung eines unzulänglichen Bauprogramms für 1931 eine fast völlige Lahmlegung der Bautätigkeit mit Sicherheit zu erwarten sei. Trotz der Notwendigkeit äußerster Sparjamkeit müsse die Stilllegung der Bautätigkeit unter allen Umständen vermieden werden, weil sie die allgemeine Krisis in unerträglicher Weise verschärfe und damit auch die Steuerquelle noch weiter verstopfe, die Kaufkraft der Bevölkerung ungünstig beeinflusse und die vergrößerte Arbeitslosigkeit eine bedenkliche Gefahr für Staat und Gesellschaft bringe. Der Vorsitzende der Veranstaltung, Dr.-Ing. Adolf Mast, hatte durchaus recht, wenn er ausführte, daß eine zu kurzfristige Sparjamkeit eine Verschwendung bedeuten könne, und es sei ein Fehler, wenn mit Rücksicht auf die sog. Rentabilität und auch aus dem angeblichen Mangel an Mitteln die Staats-Etats gedrosselt werden und später in erhöhtem Umfange die Mittel unter allen Umständen mobil gemacht werden müssen, um die in der Bauwirtschaft arbeitslos gemachten Arbeitnehmer nunmehr vor dem Verhungern zu schützen. Dieser Rat „Vorbeugen ist besser als heilen“ kann nicht genug beherzigt werden.

In großem Widerspruch zu dieser Kundgebung und der dabei gefassten Entschliessung stand allerdings der Gehalt der Rezerate. Während der ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Reichold ebenso wie der Bauunternehmer Schlusdebier die Eingriffe der öffentlichen Hand an dem Gebiete des Bauwesens, insbesondere des Wohnungsbaues, verurteilen, forderte doch die Entschliessung eine stärkere Vereinfachung der öffentlichen Mittel für Wohnungsbau und Bauwirtschaft. Schlusdebier erzielte sich in seiner bekannten Weise gegen ein angebliches Eindringen marxistischer Ideen in die nachkriegszeitliche Bau- und Wohnungswirtschaft, indem er besonders auf die nachkriegszeitlichen Reingründungen von Bauproduktionsgesellschaften, Wohnungsjorgegesellschaften hinwies und auch die fernerliche Belastung und die Tarifpolitik der Arbeiter und Angestellten mit als Ursachen für die bestehende Notlage hinstellte. Aber im selben Atemzuge hielt er das Bestreben der Reichsregierung, die freie Wirtschaft im Baugewerbe zu fördern, infolge ihrer Mangelhaftigkeit für gefährlich, da an Stelle der ausfallenden öffentlichen Mittel andere nicht zur Verfügung ständen. Er ließ Sturm gegen zu hohe Steuern und gegen das Eindringen der öffentlichen Hand in die Bauwirtschaft. Gleichzeitig bezeichnete er aber die Maßnahmen der Abschaffung öffentlicher Bauarbeiten als verfehlt. Kurz und gut, an allen Ecken und Enden schaut der nachkriegszeitliche Bauunternehmer heraus. Damit ist der Sache wirklich nicht gedient. Auch scheint es uns reichlich deplaziert, immer wieder die Lohnfrage in den Vordergrund zu schieben, in einer Zeit, wo viele Bauarbeiter keine Arbeit haben, wenn sie morgen leben sollen.

### Aus der Praxis einer Dachdeckerinnung

Vor uns liegt die Nr. 29 der Zeitschrift „Deutsches Dachdecker-Handwerk“. Auf Seite 658 finden wir einen Bericht über eine Versammlung der Dachdeckerinnung zu Bochum. Unter Punkt 3 der Tagesordnung lesen wir das Folgende:

„Punkt 3. Neu festsetzung der Lehrlingsentschädigungen. Die Neu festsetzung der Lehrlingsentschädigungen wird eingehend behandelt und darüber diskutiert, ob sich eine Festsetzung nach Stunden oder Tagen empfiehlt. Man beschließt, Tagesvergütungen festzusetzen, um auch nach außen festzustellen, daß ein Lehr- und kein Arbeitsvertrag vorliegt. Der Geschäftsführer legt ausführlich dar, welche Bestimmungen hinsichtlich der zu zahlenden Lehrlingsvergütung zu beachten sind. Die Lehrlingsvergütung wird hierauf wie folgt festgesetzt:

- 1. Jahr 1,— Mk. pro Tag
- 2. " 1,50 " " "
- 3. " 2,— " " "
- 4. " 2,50 " " "

Der Beschluß wird einstimmig angenommen.“  
Rechnen wir diese Tagesentschädigung um auf die Stundenentschädigung, dann ergibt sich das Folgende:

- 1. Jahr 12 1/2 Pf. pro Stunde
- 2. " 18% " " "
- 3. " 25 " " "
- 4. " 31% " " "

Solche Entschädigungssätze sind unseres Erachtens nur möglich, weil dieselben einseitig durch die Innung festgelegt sind. Hätten die Gewerkschaften bei der Festsetzung der Entschädigungssätze mitgewirkt, wären bestimmt andere Sätze festgelegt worden. Wir können kaum annehmen, daß der Gesellenauschuss dabei gehört worden ist. Wir nehmen das Letztere an, weil wir der Ansicht sind, der Gesellenauschuss würde die Tarifverträge des übrigen Baugewerbes herangezogen haben, laut welchen der Maurer- bzw. Zimmererlehrling eine weit höhere Entschädigung erhält. Laut Tarifvertrag beträgt die Entschädigung für die Lehrlinge im 1. Halbjahr 15 % des tariflichen Facharbeiterlohnes und steigt von Halbjahr zu Halbjahr, bis sie im 6. Halbjahr den Satz von 60 % erreicht. Der Dachdeckerlehrling hingegen fängt im 1. Jahre — nicht Halbjahre — mit 10 % an, um im 3. Jahre auf 20 % und endlich im 4. Jahre auf etwas über 25 % zu steigen. Wir suchen vergebens nach einer Begründung für diesen gewaltigen Unterschied.

In derselben Versammlung wurde weiter beschlossen, daß die Unkosten der Gesellenprüfung zukünftig möglichst durch die Prüfungsgebühren gedeckt werden sollen. Demnach sind die Herren Dachdeckermeister in Bochum der Ansicht, daß sich der Lehrling während der Lehrzeit von seiner „Lehrlingsentschädigung“ soviel erübrigen kann, um die Prüfungsgebühren prompt entrichten zu können.

Unter Punkt 7 der Tagesordnung entspann sich dann eine längere Debatte. Es wurde Klage darüber geführt, daß nicht alle Innungsmitglieder die beschlossene Lohnföhrung während der tariflosen Zeit mitgemacht hätten. In dem Berichte heißt es sehr nett: „Beschwerde wird darüber geführt, daß trotz des Beschlusses der Innungsverammlung nicht von allen Mitgliedern während der tariflosen Zeit der vereinbarte Stundenlohn von 1,— Mk. gezahlt worden ist.“ Das Wörtchen „vereinbarte“ ist wohl einem falschen Jungenschlage zuzuschreiben, es soll wohl heißen „diktierte Stundenlohn“. Im übrigen stellen wir gerne fest, daß die Herren Dachdeckerinnungsmeister von Bochum nicht alle „Sozialrüdchrittler“ sind, man würde sonst den „vereinbarten“ Tariflohn von 1,— Mk. gezahlt haben.

### Unternehmer in Revelaer begehen Vertragsbruch

D obwohl der Lohn in Revelaer von 1,26 RM. pro Stunde auf 1,04 RM. gesenkt worden ist, wollen verschiedene Unternehmer nicht einmal die festgesetzten Löhne zahlen, trotzdem sie obendrein dem tarifbeteiligten Arbeitgeberverband angehören. Wiederholte Vorstellungen seitens unseres Verbandes bei den Unternehmern sowohl wie beim Arbeitgeberverband haben keine Abhilfe zu schaffen vermocht. Eine sehr üble Rolle spielt in der Angelegenheit die Firma Vog & Co., die bei jeder Lohnzahlung ihren Arbeitern die „berühmte Ausgleichsrechnung“ vorlegt und unter Androhung der Entlassung diese unterschreiben läßt. Da die Firma nun noch eine besondere Vorliebe für die unorganisierten Schächten aus Winnekendonk hat, die trotz mehrfacher Aufforderung und Agitation seitens der Revelaerer Kollegen und des Verbandsangehörten nicht den Weg zum Verband finden wollen, sind unsere Kollegen vor die harte Notwendigkeit gestellt, die Ausgleichsrechnung zu unterschreiben, falls sie ihren Arbeitsplatz nicht verlieren wollen. Eine solche, unter wirtschaftlichem Druck abgegebene Verzichtserklärung ist natürlich nichtig, wie auch das Reichsarbeitsgericht das in seiner Rechtsprechung bestätigt. Unsere Kollegen haben trotz der Schwere der Zeit mutig ihr Recht geltend gemacht. Weiter gehört zu den Schatzmachern in Revelaer die Firma Gebr. Tabark. Diese Firma sagt den Leuten brutal, wer Tariflohn verlange, würde nicht eingestellt. Begründet wird das damit, daß man sonst nicht konkurrieren könne. Ein Kollege von uns, der stets bei dieser Firma gearbeitet hat, wurde deshalb nicht mehr eingestellt, weil er sein Recht forderte. Nun ist es ja so, daß überall noch Brot

geboden wird und daß seitens des Verbandes alles daran gesetzt wird, den so gemäßigten Kollegen zu helfen. Der Kampf der Revelaerer Unternehmer gegen den Verband wird an dem einheitlichen und starken Willen unserer Kollegen zerbrechen.

Ein Wort aber noch an die Adresse der öffentlichen Körperschaften. Wir haben des öfteren die Erfahrung gemacht, daß Bauten, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, an solche Unternehmer vergeben werden, denen es nicht einfällt, den tarifverträglich festgesetzten Lohn zu zahlen. Auf der einen Seite hilft der Staat beim Abschluß von Tarifverträgen, und auf der anderen Seite läßt er es geschehen und trägt wie es in Geldern durch das Reichsbauamt in Krefeld vorgekommen ist, zum großen Teil selbst dazu bei, daß die Tarifverträge ignoriert werden. Wir haben als Bauarbeiter ein Recht auf die Hilfe des Staates und müssen mit aller Entschiedenheit verlangen, daß Arbeiten der öffentlichen Hand zu Tariflöhnen vergeben werden. Wohin soll es denn führen, wenn Staat und Behörden ihren eigenen Anordnungen zuwiderhandeln. Wir verlangen ein Eingreifen des Staates gegen alle diejenigen Behörden, die die Gesetze ignorieren; denn die Reichsverordnungsordnung gilt auch für die Gemeinden. Wir erwarten, daß sämtliche Unternehmer, die mit untertariflichen Löhnen kalkuliert haben, von den Submissionen der öffentlichen Hand ausgeschlossen werden. Für solche Unternehmer wie vom Schläge Vog & Co. und Gebr. Tabark in Revelaer, deren es am Niederrhein noch eine ganze Menge gibt, muß ein Ausschluß von der Submission der öffentlichen Hand erfolgen; denn jemand, der vertragsbrüchig war, kann niemals das notwendige Vertrauen bekommen bei Bauausführungen, die mit Geldern der Allgemeinheit finanziert werden. Daß ein Vertragsbruch bei untertariflicher Entlohnung vorliegt, hat das Reichsarbeitsgericht am 28. Februar 1931 unter Nr. 477/30 entschieden. Wir werden in Zukunft mit unnachlässlicher Strenge gegen Firmen, die die vertraglichen Bestimmungen nicht einhalten, und gegen Auftraggeber, die einen solchen Vertragsbruch sanktionieren, vorgehen.

Den noch unorganisierten Kollegen am Niederrhein aber rufen wir zu: „Tretet ein in die Reihen der Kämpfenden; denn allein seid ihr schwach. Nur durch einiges Zusammenhalten erreichen wir, daß wir das erhalten, was uns zusteht, durch Zusammenhalten im Zentralverband christlicher Bauarbeiter.“

M. Terhorst, Krefeld.

### Unterstützungssperre wegen Tariflohnanspruch?

Ein Kollege unseres Verbandes wurde im Herbst v. J. vom Arbeitsamt Bocholt nach einem Eisenwerk zwecks Ausführung einer Anzahl neuer Maschinenfundamente vermittelt. Das Werk hatte keine eigene Bauabteilung. Als Lohn wurde ihm der niederrheinische Metallarbeitertariflohn für Facharbeiter mit 86 Pf. geboten. Da der Maurerlöhndebiet jedoch 1,14 RM. betrug, lehnte er die Annahme der Arbeit bezugnehmend auf § 90 Abs. 2 Ziffer 1 NWVG ab. Auf dem Arbeitsamt wurde ihm unter Hinweis auf den „Tarifvertrag“ des Werkes für die Ablehnung der Arbeitsstelle eine Sperrfrist von 6 Wochen aufgebürdet.

Unser Einspruch beim Spruchauschuss wurde mit der Allgemeinverbindlichkeit des NWVG für Gody, Beton- und Tiefbauarbeiten und dessen Anwendung auf die hier in Frage kommenden Neuarbeiten begründet. Der Einspruch wurde sinngemäß mit der oben angegebenen Begründung einstimmig abgelehnt, jedoch wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung zur Berufung an die Spruchkammer des Oberverwaltungsamtes zugelassen.

In den Entscheidungsgründen heißt es:

„Es stand für den Kläger bei der Ablehnung der angebotenen Arbeit nicht zweifelhaft fest, welcher Tariflohn — der Maurer- oder der Metallarbeitertariflohn — ihm für die angebotene Arbeit zu zahlen war. Auf jeden Fall hätte der Kläger während seiner Arbeitslosigkeit die Arbeit aufnehmen müssen; wenn sich nachher ergab, daß ihm der höhere Bauarbeiter-Tariflohn zustand, als der ihm zugesicherte Metallarbeitertariflohn, so war es dem Kläger unbenommen, die hierfür nachforderungen evtl. im Wege der Klage beim Arbeitsgericht zu stellen. Für diese Klage wäre es bedeutungslos gewesen, welcher Tariflohn ihm bei der Annahme der Arbeit zugesichert worden war. Während seiner Arbeitslosigkeit mußte der Kläger zufrieden sein, wenn ihm Arbeit zum Metallarbeitertariflohn angeboten wurde. Für die Entscheidung, welcher Tariflohn ihm dafür zustand, war die Dauer und die Art der Arbeit von wesentlicher Bedeutung. Das mußte der Kläger zunächst abwarten, bis dahin mußte er mit Rücksicht darauf, daß es zweifelhaft war, ob ihm der Maurer- oder Metallarbeitertariflohn zustand, mit dem angebotenen Metallarbeitertariflohn zufrieden sein.“

Demgemäß kann unerörtert bleiben, ob dem Kläger für die fragliche Arbeit der Maurer- oder Metallarbeitertariflohn zustand. Ein berechtigter Grund zur Ablehnung der Arbeit im Sinne des § 90 Abs. 2 Ziffer 1 NWVG liegt nicht vor. Demgemäß ist die Sperrfrist zu Recht verhängt, woraus folgt, daß die Berufung zurückzuweisen war.“

Diese Entscheidung, die gemäß dem WABG. endgültig ist, bedeutet praktisch die Unterminierung unserer Bauarbeitertariflöhne. Auch die Begründung der Ablehnung der Berufung, daß der Kläger später durch Klage beim Arbeitsgericht sich den Maurerlohn hätte verschaffen können, muß nachdrücklich zurückgewiesen werden. Letzten Endes sind die Arbeitsgerichte keine Abblendeplatte für unerledigte Arbeitsamtsachen. Wenn die Spruchkammer im letzten Abjah ihrer Begründung es dahingestellt sein läßt, ob Maurer- oder Metallarbeitertariflohn in Frage kam, so ist das sachlich zum mindesten stark anfechtbar. Eine Behörde, die unter Bezugnahme auf einen Tarifvertrag eine Unterstützungssperre verhängt, kann es nicht in ihr Belieben stellen, ob solche Dinge erörtert oder nicht erörtert werden müssen, sondern sie hat dann auch ganz ernsthaft zu prüfen, und wenn sie sich nicht für berechtigt oder befähigt hält, über die Zuständigkeit eines anzuwendenden Tarifs zu entscheiden, allenfalls ein Gutachten von einer hierzu fähigen Stelle einzuholen. Die Begründung der Entscheidung im vorliegenden Falle atmet — wohl unbewußt — den Geist, wie er im alten Heer üblich war: zuerst sich bestrafen lassen und dann nach Abküssen der Strafe Beschwerderecht. Neben den Wirkungen auf das Tarifrecht, das die Art der Arbeit, in diesem Falle baugewerbliche Reparatur zur Grundlage der Lohnbildung macht, darf doch auch dem Vertrauen der rechtsuchenden Bevölkerung nicht gerade jede Entscheidung, besonders wenn sie endgültig ist, zugemutet werden.

### Arbeitslosenfeststellung im Verband für Juni 1931

Die Arbeitslosenberichte vom Monat Juni aus den einzelnen Verbandsbezirken ergeben, daß die baugewerbliche Wirtschaftslage gegenüber dem Vormonat nur noch eine sehr geringfügige Besserung erfahren hat. Gegenüber der Arbeitslosenfeststellung vom Mai mit 62,22 % weist der Juni die Zahl der Beschäftigungslosen mit 60,92 % aus. Das bedeutet eine Minderung der Arbeitslosenzahl um 2,13 %. Die Vergleichszahl vom Juni 1930 ist 42,26 %; der diesjährige Arbeitslosenbestand liegt gegenüber dem vorjährigen schlechten Stand noch um 44,16 % höher. Für die letzten fünf Jahre hatten wir im Juni folgende Arbeitslosenzahlen: 1927 = 6,08 %, 1928 = 11,60 %, 1929 = 14,46 %, 1930 = 42,26 %, 1931 = 60,92 %. Den ungünstigsten Stand hat wie im Vormonat Frankfurt/Main mit 71,72 %. Ueber 60 % liegen außerdem noch Bochum, Karlsruhe, Köln, Hannover. Arbeitslos gemeldet waren in den einzelnen Bezirken in Prozenten der Mitgliederzahl:

1. Berlin	56,15	7. Köln	61,09
2. Bochum	69,98	8. Königsberg	41,20
3. Breslau	56,51	9. Münster	57,16
4. Frankfurt	71,72	10. Paderborn	56,97
5. Hannover	60,50	11. Bayern	47,31
6. Karlsruhe	63,61		

Angehts dieser Zahlen fragt man sich, wie es möglich war, daß die Regierung noch in der letzten Notverordnung die Bauarbeiter in verächtlichster Weise als Saisonarbeiter behandelte. 61 % Bauarbeiter im Juni, dem besten Beschäftigungsmonat des Jahres, arbeitslos. Die Zahl spricht für sich. Wird man nun endlich begangene Fehler wieder gut machen? Wird man die Ungerechtigkeit bei einer Revision der Notverordnung nun beseitigen? Wird man sich nun auch endlich entschließen, dem Baugewerbe wieder Mittel zuzuführen, um durch sie das Baugewerbe selbst und auch die gesamte Konjunktur wieder anzukurbeln? Wir wissen, daß die augenblickliche kritische Zeit nicht sehr dazu angetan ist, solche Fragen zu beantworten, aber wir hoffen, daß die Reichsregierung nach hoffentlich baldiger Vereinigung der politischen Kräfte die Dringlichkeit unserer Fragen erkennt und entsprechend handelt.

### Rundschau

#### Die Arbeitskämpfe im ersten Vierteljahr 1931

Von den 126 Streiks des ersten Vierteljahres 1931 wurden 963 Betriebe betroffen, in denen insgesamt 59 949 Arbeiter streikten. Die Zahl der durch die Streiks verlorenen Arbeitstage betrug 500 866. Im vierten Vierteljahr 1930 wurden ebenfalls 126 Streiks geführt, die aber einen Verlust von 2 341 824 Arbeitstagen zur Folge hatten. Die meisten Arbeitstage im ersten Vierteljahr 1931 gingen durch fünf Streiks im Bergbau verloren, nämlich 104 898. Dabei handelte es sich um großen Teil um den nach fünf Tagen zusammengebrochenen Widerstand der Revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen die im Januar vorgenommene Lohnsenkung. In der Textilindustrie betrug der Verlust an Arbeitstagen 98 309, verursacht durch 13 Streiks in 38 Betrieben mit 6534 beteiligten Arbeitern. Größtenteils erzielten die Arbeiter einen teilweisen Erfolg. Von dem in der Textilindustrie entstandenen Verlust von 98 309 Arbeitstagen entfielen 69 700 auf einen Streik in der Wuppertaler Kunstseidenindustrie, der ebenfalls mit einem Teilerfolg für die Arbeiter endete. Im Holz- und Schnitzholzwesen gingen durch 32 Streiks in 336 Betrieben 95 803 Arbeitstage verloren. Auch hier konnte in den meisten Fällen ein Teilerfolg für die Arbeiter erzielt werden. Das Bekleidungs-

### Am 25. Juli 1931 ist der dreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

hatte vier Streiks in vier Betrieben mit einem Verlust von 52 605 Arbeitstagen zu verzeichnen.

Streikursache war fast ausschließlich die Lohnfrage. Von den rund 500 800 verlorenen Arbeitstagen betrafen rund 489 800 den Arbeitslohn. Gemessen an der Zahl der verlorenen Arbeitstage hatten nur wenige Arbeitskämpfe für die Arbeiter einen vollen Erfolg, vielmehr verliefen rund zwei Drittel aller Streiks für die Arbeiter erfolglos. Ohne einen Misserfolg streikten die Arbeiter im Baugewerbe. Von den 2374 verlorenen Arbeitstagen im Baugewerbe hatten 144 einen vollen und 2230 einen teilweisen Erfolg für die Arbeiter. Ohne Erfolg ist kein einziger Arbeitstag im Baugewerbe verlorengegangen.

Durch Aussperrungen gingen in 134 Betrieben mit 7126 Aussperrten 44 627 Arbeitstage verloren. Davon betrafen allein 25 000 Arbeitstage die Aussperrung in der Lüdenscheider Metallindustrie, die übrigen Aussperrungen hatten nur geringe Bedeutung. Auch die Aussperrungen wurden vorwiegend wegen Lohnfragen geführt. Bei 26 165 durch Aussperrungen verlorenen Arbeitstagen hatten die Arbeitgeber einen vollen und bei 18 462 einen teilweisen Erfolg.

#### Arbeitsbeschaffung durch Bautätigkeit

Der preuß. Landtag hat u. a. folgenden Beschluß gefaßt: „auf die Reichsregierung einzuwirken, daß ausreichende Mittel zur Arbeitsbeschaffung, und zwar insbesondere: a) für die Instandsetzung und Modernisierung von Altmwohnungen und den Umbau von Großwohnungen in Kleinwohnungen; b) für die zusätzliche Beschaffung von Kleinwohnungen und zur besonderen Förderung von Eigenheimen; c) für eine verstärkte Förderung des Landarbeiterwohnungsbaues; d) für Meliorationen und Aufbesserungen; e) für Maßnahmen zur besonderen Förderung von Produktion und Absatz von Edelzeugnissen in der Landwirtschaft; f) für den Straßenausbau und Brückenbau sowie für den Bau von Wasserkräftversorgungsanlagen; g) zur Unterstützung der Gemeinden bei Ausführung von Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt werden.“

#### 5. Kongreß der christlichen Gewerkschaftsinternationale

In der zweiten Septemberwoche werden die christlichen Gewerkschaften in Antwerpen ihren fünften internationalen Kongreß abhalten. Neben dem Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs, Herrn Serrano, Utrecht, wird sich der Kongreß vor allen Dingen mit der Weltwirtschaftskrise befassen. Prof. Friedrich Denauer, Frankfurt am Main, M. d. R., wird einen Bericht über „Weltwirtschaftliche und weltpolitische Probleme der Krise“ erstatten. Die Herren S. Amelin, Utrecht, und S. Pauwels, Brüssel, werden über „Die Sozialpolitik im Zeitalter der Rationalisierung“ und „Staatshilfe und gewerkschaftliche Selbsthilfe gegen die Arbeitslosigkeit“ berichten. Eine zweite Frage, die Gegenstand der Beratungen des Kongresses sein wird, ist diejenige der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Kolonien und sonstigen kulturell rückständigen Ländern; Herr Gaston Tessier, Paris, wird die Diskussion einleiten. Am Tage vor Eröffnung des Kongresses wird eine internationale Konferenz für Arbeiterinnenfragen stattfinden. Fr. W. Amann, Berlin, wird über „Die Grundlagen des Arbeiterinnenkampfes“ und Fr. J. Graff, Paris, über „Die Entwicklung der Lohnarbeit der Frauen in den letzten Jahren“ Bericht erstatten.

#### Deutschlands Schulden

Die Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes veröffentlicht eine Studie über die internationalen Zahlungsbilanzen, der zu entnehmen ist, daß die Gesamtverschuldung Deutschlands im Juni 1930 sich auf 15,1 Milliarden Goldmark langfristige und 12,3 Milliarden Goldmark kurzfristige Schulden, insgesamt also auf rund 27 Milliarden Goldmark belaufen hat. — Einen Zinsfuß von 6 Prozent angenommen — was aber gar nicht genügt — erfordert dieser Betrag zur Verzinsung jährlich 1 620 000 000 RM. Die Schuldentilgung ist dabei nicht berücksichtigt. Zu bedenken ist außerdem, daß ein erheblicher Teil dieser Schuldbeträge unproduktiv angelegt ist. Alles das will erarbeitet und erpart und — entbeht sein. Zu beachten ist außerdem, daß die kurzfristigen Kredite wirtschaftlich sehr lödend wirken. Vom Herbst bis zum Mai haben die deutschen Banken ungefähr zwei Milliarden kurzfristige Kredite zurückzahlen müssen und in den Monaten Mai und Juni etwa den doppelten hohen Betrag. Was das bedeutet, innerhalb weniger Wochen aus einer erschöpften Wirtschaft etwa vier Milliarden Mark herauszuziehen, läßt sich bei einigem Nachdenken leicht ermessen. Die kurzfristigen Auslandskredite können übrigens auch zu einer politischen Waffe werden. Daß Frankreich im Augenblick davon starken Gebrauch macht, steht außer Zweifel.

#### Was ist des Deutschen Vaterland . . .

Im Fürstentum Liechtenstein geben sich die deutschen Kapitalflüchtigen ein Rendezvous. Von 579 Halding-Gesellschaften mit 100 Millionen Stammkapital waren 400 deutsche Gründungen. In der Schweiz hatten sich Ende 1930 1200 Gesellschaften mit einem Stammkapital von 2,5 Milliarden Franken gegen 98 Gesellschaften mit 2,5 Milliarden Franken etabliert. Die meisten Gründungen finden zur Zeit in Luzern statt, das die Schweiz und Liechtenstein in der Gründungsstufen unterbietet.

### Tariffbewegung

In Mettingen im Kreise Tecklenburg sind Lohndifferenzen entstanden. Ab 17. 7. 31 sehen unsere Kollegen dort im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

#### Der Streik in der Boder- und Südpfalz.

Es finden sich immer wieder Menschen, die glauben, selbst aus der Not ihrer Mitmenschen müßten sie noch Gewinne für sich heraus schlagen. Auf einem solchen Wege befinden sich heute eine Anzahl von Bauunternehmern in der Boder- und Südpfalz. Nicht genug damit, daß unsere Kollegen unter der hier besonders starken Arbeitslosigkeit leiden müssen, dazu versuchen Bauunternehmer von Neustadt, Mainkammer, Edenkoben, Landau usw. den Lohn möglichst weit herunter zu drücken. Begriff wie Tarifvertrag, Vertragstreue, Menschlichkeit usw. scheinen diesen Leuten bei ihrer Jagd nach Gewinn vollständig abhanden gekommen zu sein. Nachdem die Kollegen durch Niederlegung der Arbeit gezeigt haben daß sie nicht gewillt sind, diese Dinge mitzumachen, versucht man sie durch Anwerbung von Streikbrechern usw. mürbe zu machen.

Dabei muß besonders hervorgehoben werden, daß für dieses Gebiet seit dem 24. April d. J. ein Tarifvertrag besteht und sämtliche Firmen Mitglied der vertragsschließenden Arbeitgeberorganisation sind. Die Stellung des Arbeitgeberverbandes (Kreisverband Pfälzischer Baugewerke) zu diesen Dingen ist einfach unverständlich. Es gilt hier nur zweierlei, entweder er hat nicht den geringsten Einfluß auf seine Mitglieder, und diese machen daher, was sie wollen, oder er hat bisher nicht den Mut gebracht, diesen Leuten einmal zu sagen, daß abgeschlossene Verträge auch eingehalten werden müssen. Eine Erklärung, wie sie der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, nach eingehender Besprechung mit seinen Mitgliedern, bei der Verhandlung am 14. Juli abgegeben hat, dürfte in der Tarifgeschichte einzig dastehen. Diese Erklärung sagt sinngemäß, daß die Unternehmer bereit seien, den Tariflohn zu zahlen, jedoch müßten die Gewerkschaften zuerst dafür sorgen, daß die Lohnsenker (einige Kleinmeister, die zum größten Teil mit ihren Angehörigen arbeiten) auch den Tariflohn zahlen. Diese Aufforderung zur Mitarbeit bei der Beseitigung von Mißständen kann man verstehen, jedoch darf unter keinen Umständen von ihrer erfolgreichen Beendigung die Zahlung der Tariflöhne abhängig gemacht werden. Zudem ist jedem Kollegen im Streikgebiet bekannt, daß 95 Prozent aller Arbeiten von Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes ausgeführt werden. Es ist überhaupt anzunehmen, daß diese Forderung nur zum Schein erhoben wurde, denn bei Eröffnung der Verhandlung hatte man ja deutlich gesagt, was das Ziel dieser ganzen Bestrebungen ist. Man will die vorher genannten Orte aus der Ortsklasse 2 in die Ortsklasse 4 versetzen haben. Und dies würde für unsere Kollegen einen weiteren Lohnabbau von 15 Pf. pro Stunde mit sich bringen. — Die Kollegen in der Pfalz wissen worum es hier geht und werden bestrebt sein, diese Dinge abzuwehren. Joh. Sell.

### Aus dem Verbandsleben

Rheinhausen. Unsere Ortsgruppe feierte am Samstag, dem 27. Juni, in ihrer Monatsversammlung das 25jährige Verbandsjubiläum des Kollegen Josef Sinn. Kollege Koch führte uns in seiner Festrede die Ursachen und zugleich die Notwendigkeit zur Gründung unseres Verbandes vor 32 Jahren vor Augen. Er ermahnte uns zum Schluß, besonders in der heutigen trostlosen Zeit für die Bauarbeiter, treu zusammenzustehen, damit wir zur gegebenen Zeit gerüstet und in der Lage seien, das Verlorene wiederzuerlangen. — Kollege Koch überbrachte die Grüße des Zentral- und Bezirksvorstandes und überreichte dem Jubilar eine Ehrenurkunde mit Jubiläumsnadel. Die Umrahmung der Urkunde hatte der Vorsitzende, Kollege Hoff, in gut gelungener Weise selbst herzustellen, dadurch erhält dieselbe noch größere Bedeutung. Nach einigen gemeinschaftlich gesungenen Liedern wurde die Wimpelweihung unserer kürzlich gegründeten Jugendgruppe durch den Kollegen Koch vorgenommen. Leuchtenden Auges hörten die jugendlichen Kollegen die feierliche Weiherede an und versprachen, ihre Organisation sowie ihren Wimpel stets zu verteidigen und in Ehren zu halten. Dem Treuegelöbnis schloßen sich alle anwesenden Kollegen mit ihren Frauen an. Feil.

Süderich und Wesel. Am Sonntag, dem 28. Juni, feierten die beiden Ortsgruppen Süderich und Wesel ihr 25jähriges Bestehen. Der Festausschuß hatte eine den Verhältnissen entsprechende schlichte Feier vorbereitet. Neben den Südericher und Weseler Kollegen mit ihren Angehörigen waren noch die Jugendgruppen von Moers, Rheinhausen und besonders zahlreich Lintfort erschienen. Kollege Feil begrüßte einleitend die Jubilare und anwesenden Gäste, insbesondere den Herrn Präses und den Vorsitzenden des katholischen Arbeitervereins, den Berichterstatter des „Echo vom Niederrhein“, den Arbeitersekretär Martin Heig aus Oberhausen als jahrelangen Kassierer der Ortsgruppe Süderich, sowie den Kollegen Gresh vom Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, welcher mit seinen Kollegen an der Feier teilnahm. Neben der Feier des 25jährigen Bestehens galt es auch noch, fünf verdienstralle Jubilare, die von Süderich und einen von Wesel, und zwar unseren Vorsitzenden von Süderich, den Kollegen Hunnenbart, Gerh. v. d. Sand, Fernh. Claßen und einen Kollegen vom Gewerbeverein, sowie unseren Kollegen Karl Rindhoff aus Wesel zu ehren. Lebhafte begrüßt, übernahm dann der Bezirksleiter, Kollege Koch-Bochum, das Wort zur Festrede. Kollege Koch führte uns noch einmal zurück in die Gründungsjahre mit all den Schwierigkeiten und Opfern, welche damals gebracht werden mußten. Daß dieselben nicht umsonst gebracht wurden, ist mit das Verdienst der fünf Jubilare, und die anwesende Jugend gibt uns die Gewähr dafür, daß das durch

die gebrachten Opfer Erreichte nicht wieder verlorengeht. Im Namen des Zentralvorstandes überreichte er sodann den Jubilaren die Ehrenurkunde und die Silbernadel. Der Vorsitzende, Kollege Hunnenbart, dankte in freundlichen Worten im Namen der Jubilare und versprach, auch weiterhin treu für den Verband zu streben und zu arbeiten.

**Bremen.** Am 30. Juni fand eine Versammlung unserer Verwaltungsstelle statt, in welcher unser neuer Bezirksleiter, der Kollege Stähler, durch unseren Vorsitzenden, den Kollegen Otto, eingeführt wurde. Im Namen der Verwaltungsstelle sprach Otto dem Kollegen Stähler unser Vertrauen aus und daß die Kollegen gern bereit seien, auch mit ihm zusammenzuarbeiten in dem Sinne, wie sie es mit seinem Vorgänger, dem Kollegen Müller, getan hätten. Der Kollege Stähler dankte in seinen Ausführungen für das Vertrauen der Kollegen und versprach alles zu tun, was in seinen Kräften liege, um auch den Kollegen in Bremen eine starke Stütze zu sein. Er wies darauf hin, daß es heute mehr denn je notwendig sei, daß man einander kennen, schätzen und lieben lerne, denn gerade die Vorgänge in der letzten Zeit hätten uns in aller Deutlichkeit gezeigt, daß ohne dieses ein Fortkommen nicht möglich sei. In den letzten Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsstärfe habe man deutlich feststellen können, daß es mit dem sozialen Geist der Arbeitgeber nicht weit her sei, notwendiger denn je sei daher die gewerkschaftliche Erfassung aller Bauarbeiter. Alles Besondere von kommunistischer Seite würde uns in dieser Lohnbewegung auch nicht einen einzigen Schritt vorwärts gebracht haben. Die gewerkschaftliche Aktivität hätte in diesem Jahre wie auch in vergangenen Jahren den Erfolg herbeiführen müssen. Eingehend behandelte Kollege Stähler sodann die letzte Notverordnung. Insbesondere wies er darauf hin, daß schon gleich nach Herausgabe der Notverordnung unser Hauptvorstand gegen die großen Härten, die in der Notverordnung liegen, protestiert habe, und wir alle dürfen nicht ruhen, bis das Unrecht, das den Bauarbeitern zugefügt worden sei, aufgehoben wäre. Die Ausführungen des Kollegen Stähler wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der regen Diskussion, die sich anschloß, kam immer wieder zum Ausdruck, daß die Notverordnung das Maß des Erträglichsten für die Bauarbeiter weit überschritten habe. Von verschiedenen Kollegen wurde sodann noch die Einstellung der Unternehmer älteren Kollegen gegenüber stark kritisiert. Vielfach sei es so, daß die älteren Kollegen, obwohl sie förderlich noch recht rüstig seien, nirgendwo mehr Arbeit bekommen könnten. Die Versammlung war sich einig darin, daß in Zukunft alles getan werden müsse, auch den älteren Kollegen wieder einmal Arbeit zu verschaffen. Zum Schluß forderte der Kollege Stähler noch einmal auf, den Kopf nicht in den Sand zu stecken, sondern alles daranzusetzen, insbesondere in der Agitation, damit für die Zukunft das Schlimmste verhütet werden könne, denn nach seiner Auffassung seien wir noch lange nicht über den Berg hinweg.

**Gelsenkirchen.** Am Samstag, dem 4. Juli, fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Nach einem einleitenden Referat über die neue Notverordnung und der daran sich anschließenden ausgiebigen Aussprache, gelangte eine Entschließung ungefähr folgenden Inhalts zur Annahme:

Die christlich organisierte Bauarbeiterchaft erkennt keineswegs die außerordentlich schwierige und gespannte Lage, in der sich das deutsche Volk befindet, und ist daher bereit, im Interesse des Volksganzen anteilmäßig die zu tragenden Lasten mit zu übernehmen. Auch wird anerkannt, daß die heutige Reichsregierung ernstlich und ehrlich bemüht ist, das Beste zu tun.

Die Notverordnung ist jedoch in ihrer Auswirkung, insbesondere gegenüber den Bauarbeitern, hart und brutal, ja geradezu unerträglich. Wenn man die Bauarbeiter immer wieder als Saisonarbeiter bezeichnet, und dementsprechend behandelt, so ist dies grundfalsch. Leider sind die Bauarbeiter Gelegenheitsarbeiter geworden, und heute, in der Hochsaison, sind 70-80 Prozent unserer Mitglieder in Gelsenkirchen arbeitslos. Das Durchschnittseinkommen unserer volljährigen Mitglieder in Gelsenkirchen betrug im Jahre 1930 1.512,08 RM. pro Kopf. — In diesem Jahre ist die Arbeitslosigkeit weit schlimmer, das Einkommen wird noch geringer. Hinzu kommt ein mehr als 15prozentiger Lohnabbau. Wie die Reichsregierung auf Grund dieser allgemein zutreffenden und bekannten Tatsachen die Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung in eine weitere verschlechterte Sonderstellung hineindrängen kann, bleibt den Versammelten ein Rätsel. Die Versammelten sind der Meinung, daß sich noch andere Wege zur Behebung der Finanznot hätten finden lassen. Vor allem hätte man der Frage einer Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung mehr Aufmerksamkeit schenken sollen. Im übrigen war es an der Zeit, diejenigen Staatsbürger, die sich in gefährlicher Stellung befinden, vor allem die Beamtenchaft, zur Leistung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge mit heranzuziehen. Des weiteren haben wir die unterschiedliche steuerliche Behandlung bei der Kriegsteuer, soweit die Lohnsteuerpflichtigen und Steueranlagern in Frage kommen, als eine große, nicht zu rechtfertigende Ungerechtigkeit an. In diesem Zusammenhang verlangen wir, und zwar mit aller Entschiedenheit, die Herabsetzung der Grundsteuern. Es geht nicht an, daß in einem Staate, in welchem Millionen von Menschen vor Ketten nicht wissen, wie sie von einem Tage zum andern kommen sollen, ein Teil und zwar aus öffentlichen Mitteln, im Uebermaß lebt.

**Stettin.** Am 4. und 5. Juli fanden in den Ortsgruppen des südlichen Teiles des Kreises Leobhagen Mitgliederversammlungen statt. Bezirksleiter Kollege Leuninger sprach über die Notverordnung und die politischen Ereignisse der letzten Wochen. Er wies insbesondere auf die Härten der Notverordnung hin. Von unserm Bundesvorstand wie auch vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften seien Schritte unternommen worden,

um diese Härten zu beseitigen. Gegenüber der scharfen Kritik an der Verordnung aus der Versammlung heraus erklärte Kollege Leuninger, daß die Notverordnung zweifellos große Ungerechtigkeiten enthalte, aber man müsse sich die Frage vorlegen, ob nicht bei einem Sturz der augenblicklichen Regierung eine wahrscheinliche Diktatur der radikalen Parteien sehr viel schlimmere Verhältnisse gebracht hätte. Die Mitglieder erklärten sich zu Opfern bereit, doch müßten alle Volksschichten in gleich starkem Maße an den Lasten mittragen. Man werde weiter treu zu den christlichen Gewerkschaften stehen. Die Versammlungen klangen aus in dem Wunsche, daß die Krise bald vorübergehen und für die Arbeiterschaft wieder eine bessere Zukunft kommen werde.

**Rothenburg a. d. Tauber.** Unsere Ortsgruppe hielt am 5. Juli eine Mitgliederversammlung in Gebfattel ab. Kollege Greib-Rüzburg behandelte in einem zweistündigen Vortrag die Weltwirtschaftskrise und die Lage Deutschlands besonders, und kam dann anschließend auf die Notverordnung zu sprechen. Er erklärte die Härten der Notverordnung eingehend und der reiche Beifall der Versammlung gab Beweis dafür, daß die Ausführungen verstanden wurden. In der Diskussion wurden die Härtemaßnahmen der Regierung, um Deutschland vor dem finanziellen Zusammenbruch zu retten, anerkannt. Es wurde aber folgende Entschlieung angenommen: „Die Reichsregierung wird ersucht, die Härten der Notverordnung aufzuheben. Die Bauarbeiter haben ein Recht darauf, gleichberechtigt wie die übrigen Berufe in der Arbeitslosenversicherung behandelt zu werden, da wir zur Zeit im Hochsommer des Jahres 1931, in Deutschland 65 Prozent der Bauarbeiter arbeitslos haben und daher das Wort Saisonarbeiter keine Berechtigung hat. In Rothenburg sind zur Zeit 90 Prozent aller Bauarbeiter arbeitslos, und nachdem bereits im letzten Jahr ein Teil ausgesteuert wurde und Krisenunterstützung daher nicht gewährt wird, so müssen wir unbedingt verlangen, daß wir Mittel bekommen, die uns ermöglichen, unsere Familien ernähren zu können.“

**Dortmund.** Bei der Neuregelung der Unterstützung für Arbeitslose sind die Bauarbeiter erneut schwer betroffen worden. Eine Versammlung der christlichen Bauarbeiter von Dortmund am 3. Juli beschäftigte sich eingehend mit dieser Frage. Nach den Bestimmungen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 sind für die Bauarbeiter wesentliche Verschlechterungen eingetreten. Wenn Opfer gebracht werden müssen, so muß das gesamte deutsche Volk dabei gleichmäßig tragen. Das ist nicht der Fall, die Bauarbeiter sind besonders hart betroffen. Nicht genug damit, daß die Bauarbeiter sich in dem verflochtenen Jahr während drei bis vier Wintermonaten mit der niedrigen Saisonarbeiter-Unterstützung begnügen mußten, jetzt sieht man sie das ganze Jahr hindurch in der Unterstützung zurück. Gegen diese Behandlung erheben die Dortmunder christlichen Bauarbeiter schärfsten Protest. Sie weisen mit aller Deutlichkeit auf die gewaltigen Benachteiligungen der Arbeitnehmer im allgemeinen und der Bauarbeiter insbesondere hin. Ist es nicht geradezu aufreizend, wenn festgestellt werden muß, daß ein Beamter mit vier Kindern bis zum 21. Lebensjahr monatlich 80.— RM. Kindergeld erhält, wo gegen ein Bauarbeiter mit vier unmündigen Kindern eine Arbeitslosenunterstützung erhält, die monatlich höchstens rund 90.— RM. beträgt. Hieron soll dieser Bauarbeiter seine jehsöpfige Familie ernähren. Wehe, wenn so ein „armer Teufel“ einmal dabei ertappt wird, daß er durch einen kleinen Nebenverdienst das Los seiner Familie zu verbessern sucht und von diesem Nebenverdienst dem Arbeitsamt nicht sofort Meldung macht. Hinzu kommt noch, daß man Jugendlichen unter 21 Jahren die Arbeitslosenunterstützung genommen hat und dieselbe nur in ganz bestimmten Fällen gewährt. Die beiden Worte „wohl-erworbene Rechte“ haben schon recht oft bei der Arbeiterschaft böses Blut erzeugt, nicht zuletzt bei der Durchführung der letzten Notverordnung. Die Arbeiterschaft hat bestimmt Verständnis für die Belange der anderen Stände, muß es aber doch ablehnen, daß sie als Aushenbrödel behandelt wird. Wenn man die Rettung des deutschen Vaterlandes will, so kann das am besten und schnellsten dadurch geschehen, daß man gleiches Recht für alle schafft und gelten läßt. Man schaffe den Bauarbeitern Arbeit und gebe ihnen einen angemessenen Lohn, oder man unterstütze sie bei der ungewollten Arbeitslosigkeit so, daß dieselben nicht dem Elend anheim fallen. Die Bauarbeiter verlangen gleiches Recht für alle, also auch für den Arbeiterstand. Dieser Appell richtet sich an die Volkvertreter sämtlicher Parteien. Es ist noch Zeit zur Einsicht. Nicht vieles Reden wird den Bauarbeitern helfen, es muß gehandelt werden.

**Arzheim.** Unsere Verwaltungsstelle P a n d a u feierte am 5. Juli das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Der Vorsitzende, Koll. H. Guthmacher, begrüßte die Mitglieder mit ihren Angehörigen, sowie eine große Anzahl von Gästen. In seiner Feitrede hob Koll. Bell aus Mannheim besonders die Schwierigkeiten hervor, mit denen unser Verband in seiner Gründungszeit zu kämpfen hatte. Aber trotz aller Widerstände sind wir groß und stark geworden. Trotz Terror von links und rechts wurden wir eine Organisation, mit der man rechnen muß und die große Erfolge für die Bauarbeiterchaft erzielen konnte. Den Jubilaren dankte er im Namen des Hauptverbandes und der Bezirksleitung für ihre Treue zum Verband und überreichte ihnen ein Diplom und eine Ehrennadel. Der Jugend stellte er die Jubilare als leuchtende Vorbilder echter, christlicher Gewerkschaftsgewinnung hin und forderte sie auf, ihnen nachzueifern. Die Namen der Jubilare sind: Jak. Dreißigacker, Fr. Wagenblatt, Gg. Herzenstiel, A. Kathas, W. Kathas, A. Ottrod und Jul. Diemer. Leider war der langjährige Kassierer der Verwaltungsstelle durch Krankheit verhindert, an der Feier teilzunehmen. Diplom und Ehrennadel wurden ihm in seiner Wohnung überreicht.

**Deßau.** Am Sonnabend, dem 11. Juli, fanden sich unsere Mitglieder im evangelischen Volksheim zu einer Protestversammlung gegen die Notverordnung zusammen. Kollege Hahne-Weipzig führte uns in ausführlicher Weise die Schwierigkeiten und großen Mängel der Notverordnung vor Augen, die uns Bauarbeiter ganz besonders und empfindlich treffen. Die Einreihung der Bauarbeiter unter die Saisonarbeiter ist ein Unrecht. Ebenso ist die Streichung der Lohnunterstützung eine Maßnahme, die gerade die Ärmsten unerträglich hart trifft. Es kam von Seiten der Versammlung zu scharfem Protest gegen all diese Ungerechtigkeiten der Notverordnung. Jeder Einzelne aber ist der festen Ueberzeugung, daß in dieser schlechten Zeit ein Zusammenschluß unbedingt nötig ist, und daß die Werbearbeit, trotz aller roten Anelungen in unserer Gegend, immer noch intensiver werden muß.

**Marborn.** Am Sonntag, dem 12. Juli, fand eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Gerbig-Fjm. gab einen kurzen Rückblick über die Entstehung der Notverordnung und erläuterte letztere in ihren wesentlichen Punkten, besonders die Änderungen in der Sozialversicherung. In der Diskussion, welche sehr lebhaft war, wurde wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Notverordnung große Ungerechtigkeiten gegen die Arbeiter, insbesondere die sogenannten Saisonberufe, enthalte. Es wurde anerkannt, daß der Notzeit entsprechend Opfer gebracht werden müßten, aber die Opfer müßten von allen Berufen und allen Ständen dem Kräfteverhältnis entsprechend gebracht werden. Die Lastenverteilung in der Notverordnung sei eine große Ungerechtigkeit und müßte unter allen Umständen beseitigt werden. Zum Schluß wurden einige örtliche, sowie Organisationsfragen vom Kollegen Gerbig erledigt.

**Sterbetafel**

Infolge langjähriger Krankheit sind die beiden Kollegen Franz Genge (Maurer) und Herrmann Huse (Maurer) verstorben.

Verwaltungsstelle Berlin.

Der Mitgründer der Verwaltungsstelle Breslau, der Schornsteinmurer Josef Krause, wurde durch plötzlichen Tod aus unserer Mitte gerissen.

Verwaltungsstelle Breslau.

Am 10. Juli 1931 starb unser langjähriges Mitglied, Kollege Wilhelm Erd (Hilfsarbeiter), im Alter von 61 Jahren infolge langwieriger Krankheit.

Ortsgruppe München.

Ehre ihrem Andenken!

**Hamburger Teakholz-Wasserwagen aus altem Schiffbauholz**

Marke „Teakin“



em	30	40	50	60	70	75	80	90	100
RM.	2.20	2.50	2.70	2.90	3.10	3.30	3.50	3.75	4.00

Kaufen Sie in Wasserwagen nur erstklassige Ausführung. Sehen Sie auf Qualität und nicht auf billige Preisangebote und Geschenke.

Preisliste über Berufskleidung und Werkzeuge gratis.

Direkt ab Fabrik an den Verbraucher nur durch **FritzUlrich, Altona/Elbe 10, Gustavstr. 58/60**

**Lehr den Deutschen**

**Bauschule** Kürzeres Studium

Hoch- und Tiefbau, Eisenbeton, Detmold 1

Lehrplan frei

**Wepa**

Fabrik f. Arbeitsanzüge sämtlicher Berufe

Spez: Blaue Maschinenbau- sowie Maurer- und Manchesters-Anzüge

Wilhelm Pahr, Berlin N 31, Brunnenstraße 78

**Kaist Klapp- und Kelle**

von Arthur Capelle

Berlin, N 54

1116 Schönhauser Str. 54

Preis gratis - 2 Gesch. Direktbest.

**Bauarbeiterhosen**


echt schwarz, III-Draht-Leder, 12er Schuh- und Ledertaschen, M. 11.50, dieselbe Weste M. 5.80, ders. Stoff, 68 cm breit, 2 Meter M. 3.30

Sorte 2: echt schwarz M. 8.—, dies. Weste M. 4.50, ders. Stoff, 68 cm breit, 2 Meter M. 2.40. 3. Sorte: M. 6.—, Manchestersorten: 1. Sorte: schwarz, sowie jede andere Farbe M. 15.—, ders. Stoff, 68 cm breit, 2 Meter M. 4.50, 2. Sorte: M. 11.50, der gl. Stoff, 68 cm breit, 2 Meter M. 3.50, 3. Sorte: M. 10.—, ders. Stoff M. 2.70, Dreihosen: in schwarz, blau grau u. weiß à Stück M. 4.50, Dachdeckerschuh u. Lederbesatz à Paar M. 1.40, Kletterschuhe à Paar M. 1.75, Dachdeckerschuh, braun, à Paar M. 0.95, vers. nach Maß bei Bestellung von M. 20.— an porto- und spesenfrei ins Haus. — Preisliste frei!

Spezialfabrik für Berufsbekleidung.

Emil Hohlheidt, Dresden-N., Ritterstr. 2.

**Teakholz-Wasserwagen in höchster Vollendung!**



	Stärke 25 x 56 und 25 x 55 mm					
100	90	80	75	70	60	50 cm
3.25	3.05	2.85	2.75	2.65	2.45	2.25

Extra-Qualität:

4—	3.80	3.60	3.45	3.35	3.15	2.90
----	------	------	------	------	------	------

Sämtliche Bestzeuge, Vertellung, das Beste auf dem Markt

ll. Katalog sofort lieferb. Berl. geg. Nachn. Von 10 RM. an portofrei. Jede 12te Wasserwaage wird gratis geliefert.

Wespermeier & Co., Bielefeld, Ziegelstraße.